

# DAS DOKUMENT

## Konzentration der Macht - Soziale Demontage

*Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat am 20. November 1958 in Dortmund folgende EntschlieÙung gefaÙt:*

Dreizehn Jahre nach dem Zusammenbruch eines verbrecherischen Systems der Unterdrückung, der Aufhebung aller demokratischen Rechte und Freiheiten, der Unmenschlichkeit und der sinnlosen Zerstörung sind die deutschen Gewerkschaften von ernster Sorge erfüllt um die zukünftige Entwicklung und den sozialen Inhalt unserer Demokratie.

Nachdem vor allem durch den Fleiß der deutschen Arbeitnehmer eine fast völlig vernichtete Wirtschaft in kurzer Zeit neu aufgebaut wurde, machen sich in immer stärkerem Maße Kräfte in Wirtschaft und Politik fühlbar, deren ungezügelter Egoismus wesentlich zum Untergang der Weimarer Republik beigetragen hat.

Die Konzentration wirtschaftlicher Macht beginnt erneut eine Gefahr für den demokratischen Staat zu werden, um so mehr, als die Vergangenheit bewiesen hat, daß sich in Deutschland die Beherrscher großer Wirtschaftsbereiche nicht mit ihrer wirtschaftlichen Einflusssphäre begnügen.

Gleichzeitig mit dieser Konzentration der Macht in wenigen Händen vollzieht sich der Abbau sozialer Errungenschaften, die in den Tagen nach dem Zusammenbruch von allen Verantwortlichen gefordert wurden.

Unter Ausnutzung der Lücken in der Gesetzgebung wird das Mitbestimmungsrecht auf formal legalem Wege abgebaut und durch Zusammenfassung und Fusion großer Wirtschaftsunternehmungen aufgehoben.

Durch erhöhte finanzielle Belastung der Arbeitnehmer in der Krankenversicherung, durch Benachteiligung der Rentner bei der Rentenanpassung und durch Verschlechterung der Unfallversicherung wird der soziale Fortschritt aufgehalten und bestehendes Recht der Arbeitnehmer abgebaut.

Durch den Verlust von Arbeitsplätzen, durch Feierschichten und Kurzarbeit wird Hunderttausenden von Arbeitnehmern ein unzumutbares Opfer auferlegt.

Die Auslegung bestehender Gesetze und freiwilliger Vereinbarungen wird in einem Sinne durchgeführt, der praktisch zu einer Rückentwicklung des Rechts der Gewerkschaften und zu einer vom Gesetzgeber niemals gewollten Einschränkung der Handlungsfreiheit und des Streikrechts der Arbeitnehmer führt.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat seit langem vor dieser Entwicklung gewarnt. Es gab keinen Kongreß des DGB, auf dem nicht in ernstesten Worten und mit aller Eindringlichkeit auf diese Gefahren hingewiesen wurde. Unsere Warnungen wurden nicht beachtet. Die Konzentration der Macht und die soziale Demontage nahmen ihren Fortgang.

Die deutsche Demokratie und das deutsche Volk dürfen nicht noch einmal in eine tödliche Gefahr gebracht werden. Es darf nicht noch einmal geschehen, daß konzentrierte wirtschaftliche Macht über das Schicksal der Menschen entscheidet und die demokratischen Institutionen vor vollendete Tatsachen stellt.

Es ist vor allem Pflicht der Parteien und der Regierung und nicht nur Pflicht der Gewerkschaften, das Gesamtinteresse gegenüber solcher Machtkonzentration und ihren Folgen zu schützen.

*Die Herrschaft einer kleinen Schicht über die Wirtschaft muß gesetzlich verhindert werden.*

*Wirtschaftlich und technisch notwendige Konzentration muß unter öffentliche Kontrolle gestellt werden.*

*Der Staat muß für die Kontrolle solcher Machtzusammenballungen Sorge tragen.*

*Das Mitbestimmungsrecht als eines der Mittel solcher Kontrolle muß in jedem Fall gesichert und im ganzen erweitert werden.*

*Das Arbeits- und Sozialrecht muß im Geiste des sozialen Fortschritts und des sozialen Rechtsstaats gestaltet und gehandhabt werden.*

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ruft alle Mitbürger, insbesondere alle Arbeiter, Angestellten und Beamten, in der Bundesrepublik, auf, diese Forderungen zu unterstützen, damit wir alle in Zukunft vor Entwicklungen bewahrt bleiben, die in der Vergangenheit zu unsäglichem Leid und furchtbarer Not geführt haben.